

Rummel und Idyll
Die Tourismusbranche im Harz setzt auf Schneekanonen in den Ferienorten und auf Panoramawege für Wanderer.
Seite 3

Nicht bunt genug
Der Berliner Landesverband der Linken will in den kommenden Jahren über eine Zielmarke die Diversität fördern.
Seite 9

Bis in den letzten Winkel
Immer mehr Wälder fallen für Ackerflächen und Tierställe. Damit wird das Ökosystem gestört – mit fatalen Folgen.
Seite 15

Nr. 11

Donnerstag, 14. Januar 2021

76. Jahrgang

Preis: 2,00 €

STANDPUNKT

Es geht nicht um das Impfen allein

Ulrike Henning glaubt nicht, dass nur schnelle Immunisierung Sicherheit geben kann

Am Mittwoch im Bundestag und auch in vielen Medien in den letzten Tagen herrschte große Aufregung: Wie kann es sein, dass andere Staaten schneller mit ihren Impfkampagnen sind als Deutschland? Wo von hier doch einer der ersten zugelassenen und wirksamen Impfstoffe der Welt kommt? Bei diesen Fragen geht indes einiges an Fakten unter, etwa die immer noch solidere Form der Zulassung innerhalb der EU oder dass der Biontech-Impfstoff eben auch eine Koproduktion mit dem US-Pharmagiganten Pfizer ist.

Wenn Politiker quer durch die Parteien sowie Medien der Bundesregierung vorwerfen, sie habe nicht früh genug und nur zu wenig Vakzine bestellt und gesichert, scheinen plötzlich auch die Appelle und Vorhaben vergessen, ebenfalls quer durch fast alle Parteien, ärmere Länder und Weltregionen auch die wissenschaftlichen Spitzenleistungen aus der Impfstoffforschung zugänglich zu machen. Das Geschrei um noch mehr Impfstoffe und eine schnellere, privilegierte Beschaffung ist schon deshalb unnötig, weil Deutschland für dieses Jahr mehr Impfstoffdosen erwartet, als für die Immunisierung der ganzen Bevölkerung nötig wäre.

Die Frage ist, wer das aktuelle Drama braucht. Stecken auch dahinter wirtschaftliche Interessen etwa nach höheren Erlösen bei beschleunigter Lieferung? Oder machen sich alle Beteiligten nur etwas vor, weil sie sich nicht an komplexere Probleme heranzuwagen, etwa einen solidarischen Umbau der Gesundheitsversorgung? Insofern kann der Impfkampagne auch nach anfänglichem Ruckeln nur ein guter und ruhiger Verlauf gewünscht werden, der auch den Freiraum für Debatten zu einem Umsturz in der Gesundheitspolitik schafft – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wie auch der Beschäftigten dort.

UNTEN LINKS

Was ist das Wichtigste, was ein Journalist oder eine Journalistin können – oder besser: aushalten können muss? **Warten.** Sitzen und warten, stehen und warten. Hauptsache: warten. Als Redakteurinnen warten wir auf Texte von freien Autoren, um sie zu redigieren zu können. Als Reporterinnen stehen wir von 5 bis 8 Uhr morgens in einem zugigen Durchgang voller Taubenkot und warten auf die Ausgabe von Tagestickets für das Gericht. Als Parlamentsberichterstatter warten wir nach Mitternacht auf das Ende von Koalitionsverhandlungen. Immer wieder, dann den Beginn einer Pressekonferenz, dann wiederum auf den Zug, das Flugzeug oder den Bus auf einer Recherche. Wir warten, dass eine Interviewpartnerin bereit ist zu sprechen; dass bei der Ausländerbehörde die Türen geöffnet werden, darauf, dass etwas passiert, was für einen Text verwertbar ist, ihn lebendig werden lässt. Wir warten auf Anrufe, Rückrufe, Post aus dem Gefängnis. Und während ich das so aufschreibe und nachdenke, fällt mir auf: Alle müssen ständig auf irgendetwas warten. Wir sind nicht allein. *jt*

Wie lange ruckelt es noch?

Zuversicht und Zweifel beim Start der deutschen Sars-CoV-2-Impfkampagne



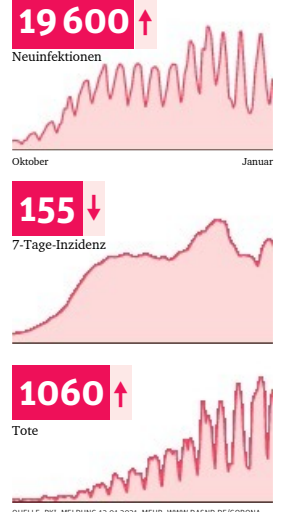
Freundlicher Empfang im Impfzentrum der sächsischen Stadt Riesa

Berlin. Im Bundestag hat Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Mittwoch Anlaufschwierigkeiten bei der Impfkampagne gegen das Coronavirus eingestanden und das europäische Vorgehen bei der Beschaffung von Impfstoffen verteidigt. Entscheidend für eine erfolgreiche Bekämpfung des Virus sei das Vertrauen der Bevölkerung in die Impfstoffe, damit sich möglichst viele Menschen impfen ließen, erklärte Spahn. In der anschließenden Debatte spielte auch die Auseinandersetzung um eine Impfpflicht für Pflegekräfte eine Rolle, die der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ausgelöst hatte. Dieser Vorstoß kam im Parlament nicht gut an. Spahn dankte den Pflegekräften, die sich impfen lassen und betonte seine Hoffnung auf eine Steigerung der Impfbereitschaft in der

Bevölkerung. Damit wandte er sich indirekt erneut gegen eine Impfpflicht. Zugleich räumte er ein, das es »natürlich ruckelt es bei der größten Impfkampagne der Geschichte«. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums stehen im ersten Quartal voraussichtlich elf Millionen Dosen des Biontech- und zwei Millionen Dosen des Moderna-Impfstoffs in Deutschland zur Verfügung. Diese beiden Vakzine haben bislang eine EU-Zulassung erhalten. Im Verlauf des Jahres sollen so viele Dosen geliefert werden, dass jeder in Deutschland geimpft werden kann. Insofern ruckelt es beim Impfstart weiter. Berlin, Brandenburg und Thüringen prüfen, ob es beim Transport des Corona-Impfstoffs des US-Herstellers Moderna zu Unterbrechungen der Kühlung gekommen ist. Für die Hauptstadt-

region wurde bereits Entwarnung gegeben, die Qualität sei offenbar nicht beeinträchtigt. Forderungen nach Verbesserungen bei den Abläufen der Impfkampagne kamen in der Bundestagsdebatte auch von der Linken-Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali. Sie sagte, es herrsche »nach wie vor bei der Vergabe der Impftermine an vielen Stellen Chaos«. Sie erwarte von der Bundesregierung, dass sie dies mit den Ländern koordiniere. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt forderte »mehr Aufklärung und Information« zu den Impfungen. Die Menschen müssten sich bundeseinheitlich informieren können. Auch der Sozialverband VdK forderte Verbesserungen bei Organisation und Abläufen der Impfungen. *nd*
Seiten 2 und 7

Corona-Ticker Deutschland



QUELLE: RKI, MELDUNG 13.01.2021; MEHR: WWW.DASND.DE/CORONA

Repräsentantenhaus berät über Trump

Mehrheit für Impeachment gegen scheidenden US-Präsidenten sicher

Washington. Das US-Repräsentantenhaus hat mit seinen Beratungen über die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Donald Trump begonnen. In einem ersten Schritt ging es am Mittwoch um die Regeln für die Debatte über das geplante Impeachment wegen der Kapitول-Erstürmung durch militante Trump-Anhänger. Eine Mehrheit für ein Impeachment des Rechtspolitikers galt als sicher. Die Demokraten des künftigen Präsidenten Joe Biden verfügen über die notwendige einfache Mehrheit, um ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten. Außerdem dürften mehrere Abgeordnete von Trumps Republikanern ebenfalls für das Impeachment stimmen.

Trump wäre der erste Präsident der US-Geschichte, gegen den zwei Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurden. Der Prozess wird dann aber im Senat geführt. Für eine Amtsenthebung wäre eine nur sehr schwierig zu erreichende Zweidrittelmehrheit nötig. *AFP/nd*

Demokratie untergraben, Hass geschürt

Menschenrechtsorganisation stellt Trump-Ära vernichtendes Zeugnis aus und fordert von Biden Wende

Human Rights Watch klagt die unmenschliche Politik von US-Präsident Donald Trump an und fordert vom neuen Präsidenten Joe Biden Weichenstellungen.

PETER STEINIGER

Noch-US-Präsident Donald Trump hat während seiner vierjährigen Amtszeit seit 2016 das geliefert, was er bereits während seines Wahlkampfes versprochen hatte. Die rassistische, fremdenfeindliche und misogynen Rhetorik des Politikers hat sich in der Praxis seiner Regierung deutlich niederschlagen, wie ein am Mittwoch vorgelegter Bericht von Human Rights Watch (HRW) zeigt: Trump habe die Demokratie geschwächt, Minderheiten attackiert und Rechtsradikale gestärkt – die Kapitول-Stürmung in seinem Auftrag ist nur das i-Tüpfelchen. Im 31. Jahresbericht »World Report 2021« der nichtstaatlichen Organisation mit Sitz in New York wird die Menschenrechtslage in über 100 Staaten untersucht. An den Recherchen haben Aktivisten in den betreffenden Ländern intensiv mitgewirkt.

Ein besonderes Augenmerk von HRW liegt wenige Tage vor dem Machtwechsel im Weißen Haus auf dem Umgang der westlichen

Führungsmacht USA mit Menschenrechtsthemen. Als ein Desaster beschreibt HRW-Chef Kenneth Roth in seiner Einleitung die Politik von Donald Trump auf diesem Feld. Systemischer Rassismus und Polizeigewalt seien ignoriert, Flüchtlinge entrechtet worden. »Trumps Missachtung der Menschenrechte im Innern und sein Hofieren »freundlicher« Autokraten im Ausland haben die

Auch die Linie der US-Regierung unter Joe Biden dürfte für die NGO Enttäuschungen bereithalten.

Glaubwürdigkeit der USA international untergraben. Wenn die USA Venezuela, Kuba oder den Iran verurteilen, klang ihre Kritik hohl, da sie gleichzeitig Russland, Ägypten, Saudi-Arabien oder Israel lobten.«

In Roths Rückschau, die die Situation in den USA vor Trump beschönigt, haben die USA die Verteidigung der Menschenrechte erst in den vergangenen vier Jahren »weitgehend aufgegeben«. Zudem versuchten China und Russland, »das internationale System zu ihrem Schutz zu untergraben«. Allerdings ha-

be sich auch gezeigt, »dass Washington bei den Menschenrechten zwar wichtig ist, aber nicht unverzichtbar«, so Roth. Andere Regierungen wären in die Bresche gesprungen und hätten ihren Einsatz verstärkt.

Die USA sollen nach Vorstellung von HRW auch unter Biden hier nicht in eine Führungsrolle drängen, sondern ihre Hausaufgaben machen. Der gewählte Präsident wird zu einem beispielhaften Kurswechsel im Innern auferufen. Die Demokraten sollten ihre Mehrheit im Kongress nutzen, um Menschenrechte dauerhaft per Gesetz zu schützen. Aufgezählt werden eine Ausweitung des Gesundheitswesens, die Bekämpfung des strukturellen Rassismus und der sozialen Misere, Schritte gegen die Diskriminierung von Frauen und LGBT.

Außenpolitisch erhofft sich Human Rights Watch von Biden einen echten Neuanfang. Genannt werden der Stopp von Militärhilfen und Waffenlieferungen an verbündete Menschenrechtsverletzer wie etwa für Saudi-Arabien, die Bereitschaft zu Kritik an Israel und eine multilaterale Politik, gerade gegenüber China. Auch die Linie der US-Administration unter Joe Biden dürfte für die NGO einige Enttäuschungen bereithalten.

43 Millionen Hektar Regenwald zerstört

WWF macht kommerzielle Landwirtschaft verantwortlich

Berlin. Zwischen 2004 und 2017 sind weltweit in von Entwaldung besonders stark betroffenen Gebieten nach Angaben der Umweltschutzorganisation WWF 43 Millionen Hektar tropischer Regenwald zerstört worden – das ist mehr als die Fläche Deutschlands. Hauptverantwortlich sei die kommerzielle Landwirtschaft, die weitere Weide- und Ackerflächen für die Nahrungsmittelproduktion geschaffen habe, heißt es in der am Mittwoch von der Umweltschutzorganisation veröffentlichten Studie »Deforestation Fronts«.

Der Bericht basiert auf Satellitendaten aus dem Zeitraum von 2004 bis 2017. Darin werden 24 Hotspots identifiziert, in denen die Entwaldung extrem voranschreitet. Der größte Verlust wurde im Amazonas (Brasilien, Kolumbien, Peru, Bolivien, Venezuela und Guyana) verzeichnet. Allein dort wurden 18,3 Millionen Hektar Wald zerstört.

»Regenwälder sind eine Gesundheitsvorsorge für Mensch und Natur. Sie sind ein Bollwerk gegen Pandemien«, erklärte Susanne Winter, Programmleiterin Wald beim WWF Deutschland. *AFP/nd*

